

Schulen und Corona – was man in dieser Debatte über die Aufgaben der Schule lernen kann

Die Schulen müssen möglichst bald öffnen! - so hört man (nicht nur) von den Politikern. Die Politik sieht die Schulen als die „letzte Bastion“ und verkündet die Priorität der Präsenzscheule. Nur im äußersten Fall soll die Schule schließen und andersherum: so früh wie möglich dann auch wieder öffnen.

Dabei ist durchaus bekannt, dass die Öffnung der Schulen Infektionsrisiken mit sich bringt. Zwischenzeitlich waren an die 200.000 Schüler in Quarantäne, 20.000 von ihnen und mehr als 3000 Lehrer wurden positiv getestet, drei waren nach Angaben des RKI bis Weihnachten an Covid gestorben.

Weiter: Selbst wenn die Infektionen für die Kleinen und Jüngeren meist nicht so problematisch verlaufen, wird das Virus über sie in die Familien geschleppt. Und da sie meistens symptomlos bleiben, sogar völlig unerkannt. Es ist also anzunehmen, dass die Öffnung der Schulen nach den Sommerferien durchaus zum Entstehen der zweiten Welle im Herbst beigetragen hat.

Solange die Schulen offen waren, wurde all das ziemlich klein geredet. Seit dem neuesten Lockdown wird auch wieder öffentlich vom Infektionsrisiko Schule gesprochen, während die Schulen vorher einfach per Regierungsbeschluss als „unproblematisch“ galten.

Den Verantwortlichen in Bund und Ländern war es eben ungemein wichtig, die Schulen offen zu halten. Die Hauptargumente für die Wichtigkeit der Präsenzscheule lauten:

1. Entlastung der Eltern
2. Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit für die Kinder der „sozial Schwachen“
3. Reduktion der Gewalt Familien und Vernachlässigung
4. Schule als wichtiger sozialer Treffpunkt der Kinder.

Mit diesen Argumenten wollen wir uns im Folgenden beschäftigen. Wir wollen uns also nicht an der Debatte beteiligen, ob die Schulen offen bleiben sollen oder besser geschlossen werden, sondern wir wollen diese Diskussion und die in ihr vorgetragenen Argumente untersuchen.

Wir fragen: Sind das wirklich die Gründe für den Umgang mit den Schulen in Corona-Zeiten? Und was verraten die vorgetragenen Begründungen über unsere Gesellschaft und die Aufgaben der Schule in ihr?

1. Begründung: Es geht um die Entlastung der Eltern

Seit Beginn der Corona-Pandemie kann man es tagein tagaus von klagenden Eltern im Fernsehen hören: Die Betreuung und Beschulung der Kinder stellt für die meisten Eltern eine schwere Belastung dar; für viele Familien ist sie eine Überlastung. Politiker

und auch Vertreter der Wirtschaft berufen sich gerne darauf: Im Interesse der Eltern sei die möglichst rasche Öffnung der Schulen dringend geboten.

Natürlich wissen alle Beteiligten mehr oder weniger, dass die Diskussion um die Kita- und Schulschließung einen relativ banalen Kern hat: Wenn Schulen und Kitas wieder schließen, entsteht ein Problem. Die Kinder werden von diesen Institutionen nicht mehr betreut und die Betreuung fällt auf die Eltern zurück. Die können sich dann nicht mehr so wie ansonsten üblich und gefordert in ihren Jobs, für Wirtschaft und Staat, verausgaben. Die Betreuung der Kids muss aber irgendwie laufen; das bedeutet für die Eltern mehr Stress – zumal der ansonsten übliche Rückgriff auf die Großeltern zurzeit aus Pandemiegründen nicht sein soll. Folge: die Eltern fehlen in Callcentern, Büros und Fabriken (und stehen dementsprechend selbst auch ökonomisch schlechter da.)

Das vehemente Bestehen auf der Präsenzschiule ergibt sich also aus dem Bedürfnis, die Kinder unterzubringen, damit die Eltern weiter arbeiten gehen können. Das kann man übrigens auch schön daran sehen, dass die Unis schnell und dauerhaft geschlossen bzw. auf digitalen Unterricht umgestellt wurden. Klar: bei Studierenden taucht das Problem mit der Betreuung nicht mehr auf – und da kann man dann auch die Infektionsgefahr respektieren! (die für die Schulen dagegen ziemlich klein geredet wurde).

Zwischenfazit

Erstens ist festzuhalten, wie viel Heuchelei darin steckt, wenn ausgerechnet Politiker und Wirtschaftsvertreter die Forderung nach Präsenzunterricht aufbringen und sie mit der Überlastung der Eltern begründen – wer anders als sie belastet die Eltern denn eigentlich so? (mit dem Zwang, dass heute beide Elternteile verdienen müssen, weil so wenig Lohn gezahlt wird und die Arbeitszeiten so lang sind).

Zweitens aber bringt diese Diskussion auch eine Wahrheit zutage: Darüber nämlich, wie viel Belastung es in der heutigen BRD darstellt, das nötige Geldverdienen und die Betreuung der Kinder unter einen Hut zu bringen.

Und drittens wird damit deutlich, dass eine grundlegende Funktion der Schule in dieser Gesellschaft schlicht darin besteht, eine Einrichtung für die Betreuung der Kinder zu sein.

Nicht zuletzt ist aufschlussreich, wie am Ende die öffentlich beschworene Entlastung der Eltern aussieht: Sie besteht nämlich in nichts anderem, als unter Pandemiebedingungen weiter arbeiten zu gehen! Die Entlastung durch die Schule dient also dazu, dass die Eltern auf der Arbeit weiter belastet werden können! Die Gefahr, dort angesteckt zu werden, gehört offenbar sowieso zum „allgemeinen Lebensrisiko“.

2. Begründung: Bildungsgerechtigkeit für die „sozial Schwachen“ dieser Gesellschaft!

Dieses Argument, das sehr publik ist, geht folgendermaßen: Gerade damit die Kinder aus Familien mit niedrigerem Einkommen oder aus sogenannten „bildungsfernen Schichten“ nicht abgehängt werden, braucht es die Präsenzschiule. Selten hört man so viele Stimmen wie jetzt, die sich um die Kinder der „sozial Schwachen“ sorgen; gerade

FDPLer und Leute aus der Wirtschaft machen sich enorm stark für die Chancen dieser Kinder, die eingeschränkt seien.

Es wird angeführt, dass die Kinder

- in kleinen Wohnungen leben, sich mit ihren Geschwistern ein Zimmer teilen (Wie solle man sich da konzentrieren?)
- keinen Schreibtisch haben (Wo soll man arbeiten?)
- keine Bücher im Haus sind oder Lehrmaterial wie Computer und Tablets für den Onlineunterricht (Womit soll man arbeiten?)
- die Eltern bei Fragen nicht helfen können, geschweige denn, die Kinder überhaupt zum Lernen motivieren können. Nachhilfe können sich diese Familien ja sowieso nicht leisten (Wie sollen die Kinder überhaupt ans Lernen herangeführt werden?)

Politiker, Journalisten und auch Wirtschaftsvertreter deuten also auf all die Notlagen der Unterprivilegierten, die es gibt. Offenbar wissen sie als Nutznießer dieser Verhältnisse, die an ihnen verdienen, beziehungsweise als „Verantwortliche“, die über sie regieren, darüber sehr gut Bescheid.

Ihre Sorge dreht sich nicht darum, diese Zustände zu beenden. Alles, was an unschönen Lebensverhältnissen ins Feld geführt wird, soll ja gar nicht abgeschafft werden: Familien endlich in angemessen großen Wohnungen unterbringen, ihnen Geld für Schreibtische, Bücher und Tablets zuzugestehen - darum geht es nicht!

Weder an den Zuständen des Wohnungsmarkts noch den Hartz-Sätzen soll gerüttelt werden. Sowohl den Notlagen wie deren Ursachen stehen Wirtschaftsvertreter wie Politiker ignorant gegenüber. In ihren Begründungen kommt das alles ja nur als Nachteil für den Bildungsweg dieser „armen, unterprivilegierten Kinder“ vor! Die miese Lage dieser Kinder für sich ist ihnen scheißegal.

Bleibt allerdings noch die Frage: was ist denn nun eigentlich diese „Bildungsgerechtigkeit“, die so wichtig sein soll?

Auffällig erst mal: Es ist von Bildungsgerechtigkeit, nicht von Bildung die Rede. Um diesen Unterschied zu erklären, ist ein Blick in unsere Schulen nötig:

In der Schule wird das Lernen, also die Vermittlung von Bildung, als Leistungslernen praktiziert. Erst wird die Unterrichtseinheit in vorgegebener Zeit durchgeführt: Der Stoff wird präsentiert, die Schüler*Innen üben ein, dann kommt der Test oder die Klassenarbeit, der die Lernleistung bewerten soll und dann geht es – meist unabhängig vom Ergebnis – mit neuen Inhalten weiter. Die Klassenarbeit oder Klausur – so kann man dem Verfahren entnehmen – soll gar nicht die Mängel ermitteln, um sie zu beheben. Der Test schließt eine Unterrichtsreihe ab, sein Ergebnis ist die Bewertung der Schüler*In.

Wenn es um Bildung allein ginge, dann würde man das Lernen nicht dem Diktat der Zeit nach Lehrplan unterwerfen, sondern nach Schülerbedarf etwas solange lernen, bis es verstanden wird. In der Schule kommt es aber offensichtlich auf etwas anderes an: An den Schüler*Innen werden Differenzen sowohl im Wissen als auch im Zeugnis regelrecht hergestellt. Die Differenzen im Wissen werden im Lauf der Jahre immer weiter akkumuliert, da die Lücken, die nicht geschlossen werden, größer werden, und einige Schüler*Innen immer mehr den „Anschluss“ verpassen.

Warum ist das so organisiert? Das verweist auf die nächste Funktion der Schule für unsere Gesellschaft: Mit dem Zeugnis werden die Differenzen festgehalten; sie bestimmen die Zugänge zu weiterer Bildung (Sek 2, Uni) und damit letztlich die Berufskarrieren. Mit diesem Verfahren werden die Schüler*innen also verglichen, getestet, bewertet und sortiert; im Groben bestimmt das ihr weiteres Leben in der Einkommenskonkurrenz.

„Gerecht“ ist das einerseits schon: Bildung ist kein „Privileg“ der Adligen oder Männer mehr. Aber Ausschluss, Selektion findet immer noch statt, nur unter einem anderen Auslesekriterium. Jetzt ist es nicht mehr der Familienname oder das Geschlecht. Jetzt wird das Wissen selbst zum Mittel der Selektion. Wirtschaft sowie Staatswesen brauchen ein mit einigem Wissen ausgebildetes Volk. Dass da die Erfolge in der Lernkonkurrenz der Maßstab der Selektion sind, ist nur folgerichtig für diese Gesellschaft: Alle Ressourcen sollen ausgeschöpft werden, die Lernkonkurrenz sucht die „Leistungsträger“, die „Besten“ aus den Jahrgängen aus (das sind nicht unbedingt die Kinder der Reichen!).

Andererseits wird oft kritisiert, dass diese Chancengleichheit gar nicht richtig durchgesetzt ist. Nur wenige der migrantischen Kinder, Arbeiter- oder Hartzkinder schaffen das Abitur bzw. die Uni – im Unterschied zu Akademikerkindern etc., Das ist in der Tat so. Warum das so ist, ist allerdings auch kein Rätsel. Dieses Resultat kommt notwendig heraus, wenn man Kinder mit den eben beschriebenen Bedingungen (kein Arbeitszimmer, keine Ruhe, keine Eltern, die helfen können, als Migranten ohne Sprachförderung) in einen Vergleich mit anderen stellt, die über all das verfügen. Dann kommt es eben genau dazu: Wenn für (ökonomisch) Ungleiche das gleiche gilt, wird die Ungleichheit natürlich reproduziert.

Das alles wissen die Bildungspolitiker natürlich. Deshalb gibt es ja auch einige Förderveranstaltungen (Deutsch-Nachhilfe z.B., damit Kinder nicht schon deshalb frühzeitig per Selektion raus fallen, nur weil sie kein Deutsch können). Aber im Grund läuft die Schule eben genau so – mit den absehbaren Resultaten der meisten Schüler in den sozial schwachen Vierteln. Wenn überhaupt was dran ist an dem ganzen Argumentieren mit der Bildungsgerechtigkeit unter Corona-Bedingungen, dann dass sich einige der Verantwortlichen fragen, ob ohne Präsenzschule nicht zu viele der armen Kinder vorzeitig abgehängt werden. Das wäre aus ihrer Sicht nämlich wirklich schade.

Zwischenfazit

Diejenigen, die mit dem Argument „Bildungsgerechtigkeit“ für die Präsenzschule plädieren und dabei auf die vielen Familien in materiellen Notlagen deuten, sind große Heuchler: Sie stören sich nicht an der Armut und den prekären Verhältnissen in den Arbeiterfamilien für sich, sondern sie beklagen all das als Hindernis für Bildungsgerechtigkeit.

Die Wahrheit daran ist: Erstens wiederum ganz banal: Sie wollen, dass die Schulen Präsenzunterricht machen, damit die Eltern arbeiten können (wie in Argument 1 erläutert). Zweitens aber sorgen sich einige auch tatsächlich darum, dass Selektion und Ausschluss weiter richtig funktionieren. In der Lernkonkurrenz soll ganz gerecht ermittelt werden, wer die wirklich Besten sind, um so die „fähigen Köpfe“ für die Elitejobs raus zu filtern. Dabei soll auch unter Corona nichts schief gehen – so zynisch sind diese Sorgen eigentlich beschaffen – von wegen „die armen Kinder“!

3. Begründung: Es geht um die Zunahme der häuslichen Gewalt und die Vernachlässigung der Kinder

Ein weiteres Argument wird so vorgetragen: Wenn die Schulen wieder schließen, nimmt die häusliche Gewalt und vor allem die Vernachlässigung der Kinder zu. Das wird vorgetragen, als würde es sich um eine Art Naturgesetz handeln oder um einen sozialen Automatismus. Und ja: die empirischen Erfahrungen aus dem ersten Lockdown bestätigen, dass es tatsächlich so ist. Etwas seltsam ist es natürlich schon, dass dieselben Leute, die Familie für enorm wichtig halten und sie als Ort des privaten Glücks beschwören, direkt Mord und Totschlag erwarten, kaum dass die Familie mal etwas länger als gewöhnlich zusammen ist. Wie geht das zusammen?

Schon vor der Pandemie gehörten bekanntlich die Vernachlässigung und Verwahrlosung von Kindern sowie häusliche Gewalt zum Leben in Familien. Einrichtungen wie Frauenhäuser, Jugendamt und Kinderschutzzentren zeugen davon. Das muss zunächst verwundern.

Auf der einen Seite gilt das Privatleben, also auch das Familienleben, als Zweck des Lebens. Hier geht es – endlich! Nach der Arbeit! – um die privaten Interessen: die Liebe und das Vergnügen. Wie kommt es dann aber eigentlich zu den Phänomenen Verwahrlosung und Gewalt in den Familien?

Die Freizeit – die „freie Zeit“ also, die nicht durch die Notwendigkeiten des Erwerbslebens gekennzeichnet sein soll – ist meist gar nicht so frei. In der Freizeit muss allerhand erledigt werden, damit man am nächsten Tag wieder auf der Matte stehen und schackern kann. Es muss gekocht, aufgeräumt, geduscht, geputzt, geschlafen werden. Sind Kinder da, kommen weitere Aufgaben dazu. Und nicht nur mehr Zeit, auch mehr Geld ist nötig. In den meisten Familien heißt das: das Geld muss eingeteilt werden.

Vernachlässigung ist dadurch vorprogrammiert: Mangels Zeit werden die Kinder ruhig gestellt, um währenddessen den restlichen Notwendigkeiten der Reproduktion nachkommen zu können. Kinder werden mit dem Fernseher, der Playstation, eventuell auch Beruhigungsmittel versorgt. Mangels Zeit werden Fürsorgetätigkeiten reduziert (nasse Windeln, das Zähneputzen findet nicht unter Aufsicht statt...). Mangels Geld und Zeit gibt es keine ausgewogene gesunde Ernährung, da sie günstig und schnell sein muss. Spiel und Spaß mit den Eltern ist bei Zeitmangel gegenüber den Notwendigkeiten sowieso das erste, was gestrichen wird.

Nun zur anderen Seite: Dass es zu Konflikten und Streitereien kommt, ist auch vorprogrammiert. Je weniger Geld da ist, je kleiner die Wohnungen sind, in denen sich alle mit ihren Wünschen und Interessen auf den Geist gehen, um so mehr. Verschärfend kommt hinzu: Diese unvermeidlichen Konflikte behandeln die Beteiligten meist so, als wären sie doch vermeidbar und tragen sie als Schuldfragen aus: Der Mann ist schuld, weil er nicht genug verdient, sich nicht genug anstrengt. Umgekehrt: Die Frau ist schuld, weil Kindererziehung und Haushalt neben dem Halbtagsjob nicht ordentlich klappen, obwohl man selbst auf der Arbeit alles erträgt, damit die Liebsten es gut haben, aus den Kindern mal was Besseres wird oder wie all die Begründungen lauten. Wenn etwas nicht hinhaut, ist der jeweils andere schuld, weil er sich zu viel raus nimmt, zu wenig an die anderen denkt usw. Die Familienmitglieder werfen sich vor, dass der jeweils andere sich am Recht auf das eigene Glück vergangen hat. Der Übergang zur Gewalt ist dann nicht mehr weit.

Für die Zustände in vielen Familien ist also nicht Corona verantwortlich. Es ist auch nicht einfach der Lockdown, der für häusliche Gewalt und die Vernachlässigung der Kinder herangezogen werden kann.

Es sind die unzulänglichen Lebensbedingungen vieler (sub)proletarischer Familien, die aus der familiären Reproduktionsgemeinschaft eine Notgemeinschaft machen, in der Konflikte vorprogrammiert sind. Und es sind gerade die verlogenen Ideale der bürgerlichen Familien die aus dem Scheitern des häuslichen Glücks eine Schuldfrage machen...

Und wie kommen die Schulen hier ins Spiel? Welche Lösung soll die Schule bieten?

Geöffnete Kitas und Schulen ändern an vorhin dargestellten Gründen für die Familiengewalt nichts. Allerdings stellen sie eine Art Kontrollinstanz dar. Erzieher und Lehrer bemerken Auffälligkeiten an den Kindern und können sie dem Jugendamt melden. Der Staat betätigt hier also mit seinem Kita- und Schulsystem eine Art sozialer Kontrolle, wenn er die Kinder, die er den Familien überantwortet hat, nicht unüberwacht lässt. Offenbar weiß er durchaus darum, wie prekär und zerstörerisch die Verhältnisse in diesen Familien sind; je ärmer, je mehr. Daran will er auch gar nichts ändern, ist doch gerade die Billigkeit und Produktivität der Arbeiter*innen ebenso wie die möglichst kostengünstige Verwaltung der Sozialfälle, die dabei notwendigerweise stets entstehen, das Mittel für das Wirtschaftswachstum der Nation.

Aufgabe der Kitas und Schulen ist es genau deshalb aber, die notwendig auftretenden Fälle familiärer Gewalt zu melden, damit die staatlichen Behörden rechtlich und sozialpolitisch damit umgehen. Dass diese Funktion in der Pandemie ausfallen könnte, wenn die Präsenzscheule ausgesetzt wird – das ist der wahre Kern Sorge um Vernachlässigung der Kinder und häusliche Gewalt unter Corona-Bedingungen.

Zwischenfazit

In den meisten Familien dieser Gesellschaft gibt es Probleme mit Zeit und Geld. Es kommt zu Formen von Vernachlässigung, Verwahrlosung, familiärer Gewalt. An den Ursachen für diese ganze Scheiße will niemand etwas ändern – auf die Idee kommt anscheinend überhaupt niemand mehr! Aber die Folgen sollen irgendwie unter Kontrolle gehalten werden – und dafür fehlen dann die Kontrollinstanzen Erzieher, Lehrer, Schulsozialarbeiter, die dem Jugendamt Bescheid sagen können. Eine sehr schöne Auskunft darüber, wie es hierzulande zugeht!

4. Begründung: Schule als Ort für soziale Kontakte!

Eines der Argumente, die ins Feld geführt werden, damit die Schulen möglichst lange offenbleiben, lautet: Die Schule ist ein wichtiger Treffpunkt, hier finden soziale Kontakte statt und deshalb ist sie wichtig für die Schüler.

Natürlich: Kinder und Jugendliche haben ein riesiges Bedürfnis nach sozialen Kontakten mit Gleichaltrigen; zum Spielen, zum (Wett)Streiten und Vergleichen, für Freundschaften und die Besprechung aller möglichen Sachen, die das Leben bereit hält. Zuhause und allein ist es langweilig. Wenn es den Befürwortern der Präsenzscheulen wirklich um diese Bedürfnisse der Schüler*Innen gehen würde, warum bleiben dann soziale Treffpunkte, wie etwa die Sportvereine, weiterhin zu? Und übrigens: wenn ein*e Schüler*In tatsächlich die Schule als „sozialen Treffpunkt“ nutzen will, wird sie*er im Nor-

malfall ziemlich schnell dazu ermahnt, sein Augenmerk wieder auf den Unterricht zu richten...

Andererseits ist die Schule für viele Schüler*Innen gar nicht unbedingt ein toller sozialer Treffpunkt. Einerseits weil es sich bei den Klassen um Zwangsgemeinschaften handelt, zu deren Zustandekommen sich kein*e Schüler*In freiwillig entschlossen hat. Andererseits weil das Lernen als Konkurrenz gegeneinander organisiert ist. Schüler*Innen werden unterschieden in gute und nicht gute, erfolgreiche und nicht erfolgreiche Schüler*Innen. Diese Zuordnungen machen sich die Schüler*Innen zu eigen und praktizieren sie auch untereinander mit ihren eigenen Maßstäben. Dann ist vom „harmlosen“ Hänkeln über Schulmobbing der „loser“ und „Opfer“ alles dabei.

„Sozialer Treffpunkt“ im Sinne von „Spaß miteinander haben“ ist es also offenbar nicht, was die Entscheider umtreibt. Gemeint ist mit „sozialem Treffpunkt Schule“ eher das soziale Lernen, das die Bildungspolitiker für notwendig erachten: Die Schule als Ort, an dem den Schüler*Innen das gewünschte Sozialverhalten beigebracht wird, das sie für die Konkurrenzgesellschaft, in die sie hinterher entlassen werden, brauchen.

Dieses soziale Lernen braucht in der Tat die Präsenzscheule, denn dabei geht hier um schwierige und auch widersprüchliche Einsichten, die praktisch eingeübt werden müssen. Hier eine kleine Auswahl (ohne Anspruch auf Vollständigkeit):

Einerseits lernen die Schüler*Innen, sich ständig in einer Konkurrenz zu bewähren. Das ganze Lernen in der Schule ist schließlich als Leistungskonkurrenz aufgezozen und so lernt man die Mitschüler*Innen ganz praktisch und perspektivisch eben alle Mitmenschen als Konkurrenten kennen. Gleichzeitig soll man aber auch an die Gemeinschaft denken. In Gruppen und Partnerarbeiten lernt man, mit jedem und jeder arbeiten zu können, Teamwork und Klassengemeinschaft sind da die Stichpunkte. Faktische Konkurrenz und die gleichzeitige Beschwörung von Gemeinschaft! – das braucht schon einige Einübung.

In der Schule gelten Schulpflicht, Pünktlichkeit, Unterordnung unter die Anordnungen der Lehrer, Disziplin. Die zukünftigen Arbeitskräfte und Bürger sollen damit einiges für ihr Leben lernen. Erstens, dass bestimmte Dinge einfach zu akzeptieren sind. Zweitens aber, dass man die Bedingungen, die zwangsweise gelten, als Mittel für den eigenen Vorteil begreifen soll: Gute Noten ergattern, sich im richtigen Augenblick, wenn der Lehrer hinschaut, benehmen, höflich tun, schleimen können. Es soll das „Sollen“ in das „Wollen“ eingehegt werden. Als bürgerliche Opportunisten sollen sie sich schließlich nach der Schule am Konkurrenzkampf um den Reichtum der Gesellschaft beteiligen, dabei die Gesetze achten, die diesen Konkurrenzkampf in Gang setzen, und sich mit all den Konsequenzen, die das so mit sich bringt, auch noch arrangieren. Auch das ist eine Leistung, die man nicht so ohne weiteres hinkriegt. Man muss eben einiges lernen, um ein mündiger Bürger und kundiger Heuchler zu werden...

Fazit:

Die Schulen sollen aus folgenden Gründen möglichst in Präsenz unterrichten:

1. Als Betreuungsanstalt der Kinder, damit ihre Eltern für die Wirtschaft weiter arbeiten gehen können.

2. Als Bildungsprogramm, das mittels Selektion die geeigneten Arbeitskräfte von morgen, für allerhand Wirtschaftsnachfragen und Staatssachen, hervorbringt und dabei nicht zu viele Kinder zu früh abhängt.
3. Als Institutionen einer sozialen Kontrolle, ob die Familien (insbesondere der Unterschicht) einigermaßen funktionieren.
4. Als Ausbilder von funktionstüchtigen Staatsbürgern, die sich mit den sozialen Tugenden, die ihnen die Schule vermittelt hat, geschmeidig in die Klassengesellschaft einordnen sollen.

Mit der Sorge um die Drangsale der Familien, der gestressten Eltern, der vernachlässigten Kinder und der Benachteiligten in der Bildungskonkurrenz hat das eher wenig zu tun. Stattdessen sind viele Wahrheiten darüber zu Tage gekommen, wie diese Gesellschaft funktioniert:

1. Mit einem ständigen Mangel an Zeit und Geld bei denjenigen, die den Reichtum dieser Gesellschaft herstellen.
2. Mit Kitas und Schulen, die Kinder für diese Gesellschaft erziehen und zurichten.
3. Mit Familien, die sich an all dem abarbeiten und dabei gegenseitig drangsaliieren.

Mit anderen Worten: Die Begründungen, die für die Präsenzschiule ins Feld geführt werden, sind eine einzige Latte von Argumenten gegen diese Gesellschaft.